

**EUROPÄISCHE
INVESTITIONSBANK**

JAHRESBERICHT 1960

**EUROPÄISCHE
INVESTITIONSBANK**

Die Konten und die Bilanz der Europäischen Investitionsbank lauten auf die im Artikel 4 Ziffer 1 ihrer Satzung festgesetzte Rechnungseinheit. Ihr Wert beträgt 0,88867088 Gramm Feingold.

In dem vorliegenden Bericht erfolgen die Umrechnungen in die Rechnungseinheit unter Anwendung nachstehender Paritäten :

$$1 \text{ Rechnungseinheit} = \left\{ \begin{array}{l} 50 \text{ belgische Franken} \\ 4,20 \text{ Deutsche Mark (1)} \\ 4,93706 \text{ neue franz. Franken} \\ 625 \text{ italienische Lire} \\ 50 \text{ luxemburgische Franken} \\ 3,80 \text{ holländische Gulden (1)} \\ 1 \text{ US-Dollar} \end{array} \right.$$

(1) Die Parität der DM ist am 5. März 1961 auf 1 RE = 4 DM heraufgesetzt worden. Desgleichen wurde mit Wirkung vom 6. März 1961 die Parität des holländischen Gulden auf 1 RE = 3,62 Hfl. neu festgesetzt.

**EUROPÄISCHE
INVESTITIONSBANK**

JAHRESBERICHT 1960

RAT DER GOUVERNEURE

- Belgien :* JEAN VAN HOUTTE, Finanzminister; Brüssel.
- Deutschland :* FRANZ ETZEL, Finanzminister; Bonn.
- Frankreich :* ANTOINE PINAY, Finanz- und Wirtschaftsminister, Präsident bis zum 12. Januar 1960; Paris.
WILFRID BAUMGARTNER, Finanz- und Wirtschaftsminister ab 13. Januar 1960; Präsident vom 13. Januar 1960 bis zum 25. April 1960; Paris.
- Italien :* FERNANDO TAMBRONI, Minister des Budgets, Minister des Schatzamtes a.i. bis zum 24. März 1960; Rom.
PAOLO EMILIO TAVIANI, Minister des Schatzamtes ab 25. März 1960; Präsident ab 26. April 1960; Rom.
- Luxemburg :* PIERRE WERNER, Staatsminister, Ministerpräsident, Finanzminister; Luxemburg.
- Niederlande :* JELLE ZIJLSTRA, Finanzminister; Den Haag.
-

VERWALTUNGSRAT

Präsident : PARIDE FORMENTINI

Ordentliche Mitglieder :

FRANCO BOBBA, Generaldirektor bei der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft; Brüssel.

SJOERD BOOMSTRA, Direktor im Finanzministerium; Den Haag.

JEAN-PAUL DELCOURT, Leiter der Finanzierungsabteilung im Commissariat Général du Plan; Paris.

RAYMOND DENUCÉ, Finanzberater des Crédit Communal de Belgique; Brüssel.

Stellvertreter :

LOUIS DUQUESNE DE LA VINELLE, Direktor bei der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft; Brüssel; stellvertretendes Mitglied bis zum 24. November 1960,

ersetzt durch :

PIERRE MILLET, Direktor bei der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft; Brüssel.

OTTO WILLEM VOS, Direktor im Finanzministerium; Den Haag.

ROGER BOYER, Mitglied des Verwaltungsrates der Banque Française du Commerce Extérieur; Mitglied des Conseil National du Crédit; Paris.

PIERRE GUILL, Regierungsrat; Luxemburg.

ROBERTO DUCCI, ausserordentlicher Gesandter, Italienischer Botschafter in Helsinki.

RENÉ LARRE, Geschäftsführender Direktor der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung; Washington D.C.

HERBERT MARTINI, Mitglied des Vorstandes der Kreditanstalt für Wiederaufbau; Frankfurt/Main.

ALFRED MÜLLER - ARMACK, Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft; Bonn-Duisdorf.

PASQUALE SARACENO, Direttore centrale dell'Istituto per la Ricostruzione Industriale; Rom.

PIERRE - PAUL SCHWEITZER, Sous-Gouverneur der Banque de France; Paris.

STEFANO SIGLIENTI, Präsident des Istituto Mobiliare Italiano, Präsident der Associazione Bancaria Italiana; Rom.

JOACHIM VON SPINDLER, Ministerialdirektor im Bundesministerium der Finanzen; Bonn.

MARIO PENNACHIO, Consulente della Banca d'Italia; Consigliere Finanziario bei den Italienischen Botschaften in den Beneluxländern; Brüssel.

FRANÇOIS BLOCH-LAINÉ, Generaldirektor der Caisse des Dépôts et Consignations; Paris.

WALTER DUDEK, Senator der Finanzen a.D.; Hamburg-Harburg.

ERNST VOM HOFE, Ministerialdirigent im Bundesministerium für Wirtschaft; Bonn-Duisdorf.

ALBERTO CAPANNA, stellvertretender Generaldirektor der Finisider; Rom.

MAURICE PÉROUSE, Direktor des Schatzamtes im Finanz- und Wirtschaftsministerium; Paris.

GIUSEPPE DI NARDI, Präsident der S.p.A. Navalmeccanica; Neapel.

HANS SKRIBANOWITZ, Generaldirektor bei der Hohen Behörde der E.G.K.S.; Luxemburg.

DIREKTORIUM

PARIDE FORMENTINI, *Präsident*

HANS KARL VON MANGOLDT-REIBOLDT, *Vizepräsident*

CLAUDE TIXIER, *Vizepräsident*

ABTEILUNGEN

Generalsekretariat

JEAN FRÈRE, Generalsekretär.

ARNOLD RIETZ, Personalchef und Chef der
Verwaltung.

RUDOLF SPRUNG, stellvertretender Direktor.

Kreditabteilung

GÜNTHER BERGAN, Direktor.

Finanzabteilung

GIANDOMENICO SERTOLI, Direktor.

*Volkswirtschaftliche
Abteilung*

ALBERTO CAMPOLONGO, Direktor.

PIERRE BARRE, stellvertretender Direktor.

Juristische Abteilung

CAREL DE VOS VAN STEENWIJK, Direktor.

Beratender Ingenieur

HENRI JEANDET.

PRÜFUNGS AUSSCHUSS

Präsident

KARL BERNARD Ehemaliger Präsident des Zentralbankrats
der Bank deutscher Länder; Frankfurt/Main.

Mitglieder

ADRIAAN M. DE JONG Ehemaliger Direktor-Sekretär und Vizeprä-
sident der Nederlandsche Bank; Amsterdam.

RENÉ BRESSON Président de Chambre Honoraire à la Cour
des Comptes, ehemaliger Präsident der Com-
mission de Vérification des Comptes des
Entreprises Publiques; Paris.

JAHRESBERICHT 1960

I

Das bedeutsamste Ereignis des Jahres 1960 für die Verwirklichung des Gemeinsamen Marktes war die Entscheidung vom 12. Mai, verschiedene im Vertrag von Rom vorgesehene Massnahmen beschleunigt in Kraft zu setzen. Diese Entscheidung sah einmal den beschleunigten Abbau der Zolltarife und die Erhöhung bzw. Aufhebung der Einfuhrkontingente zwischen den Mitgliedsländern vor, zum anderen die erste Angleichung der Aussenzölle der sechs EWG-Länder. Am gleichen Tage wurde die Absichtserklärung abgegeben, auch die wirtschaftliche Integration auf allen übrigen Gebieten beschleunigt zu verwirklichen.

Die Arbeiten der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft waren von unmittelbarem Interesse für die Tätigkeit der Bank auf dem Gebiet der regionalen Entwicklung, wo auf der Grundlage umfangreicher Studien über die regionalen Entwicklungsprobleme erste Grundzüge einer gemeinsamen Politik entworfen wurden. Ferner wurde den Regierungen eine Liste von Investitionsprojekten für den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur empfohlen, deren Durchführung im Hinblick auf ihre gesamteuropäische Bedeutung eine Vorrangstellung eingeräumt werden sollte. Zur Frage der Umstellung von Notstandsgebieten und -sektoren wurde von der Hohen Behörde der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl eine Konferenz einberufen, um die wirksamsten Massnahmen für eine Lösung dieser Probleme aus der Sicht der Gemeinschaft zu erarbeiten. Erwähnt sei schliesslich auch die Schaf-

fung einer Arbeitsgruppe für das Studium der Fragen des Exportkredits und der Entwicklungshilfe; auch die Bank ist eingeladen, an den Arbeiten dieser Arbeitsgruppe teilzunehmen.

Auf finanzpolitischem Gebiet hat der Rat der EWG die erste Richtlinie für die Liberalisierung des Kapitalverkehrs erlassen, die die Länder verpflichtet, nicht nur die bereits durchgeführten Massnahmen zu konsolidieren, sondern auch weitere Liberalisierungsmassnahmen zu treffen. Endlich ist die Ende 1958 eingeführte Konvertibilität der Währungen am 15. Februar 1961 durch die seitens der sechs EWG-Länder vollzogene Übernahme der Verpflichtungen des Artikels VIII des Abkommens über den Internationalen Währungsfonds ergänzt worden.

Eine Reihe von Faktoren hat die von den Regierungen und den Europäischen Gemeinschaften getroffenen Massnahmen unterstützt; zu nennen wären insbesondere die steigende Zahl der industriellen Gemeinschaftsprojekte von Unternehmen der sechs EWG-Länder, das wachsende Interesse, das die nationalen Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft entgegenbringen, vor allem aber auch die Aufmerksamkeit, die das Ausland der fortschreitenden Verwirklichung des Gemeinsamen Marktes schenkt und die insbesondere in den zahlreichen Investitionen von Drittländern im Raum der EWG ihren Ausdruck findet. Ausserdem wurde die Durchführung der Massnahmen wesentlich durch die anhaltende Wirtschaftsexpansion in den Ländern der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft erleichtert.

* * *

Alle Länder der Gemeinschaft haben an der raschen Wirtschaftsentwicklung des Jahres 1960 teilgenommen. In Deutschland, den Niederlanden, Italien und Luxemburg betrug die reale Zuwachsrate des Sozialprodukts gegenüber dem Vorjahr zwischen 7 und 8 %; in Frankreich wird sie auf 6 % geschätzt. In Belgien dürfte die Zuwachsrate fast 5 % erreicht haben und lag damit beträchtlich über der der Vorjahre. Die reale Zuwachsrate für das Gesamtgebiet der Gemeinschaft betrug etwa 7 %.

Trotz gewisser Anspannungen, die sich nach Erreichung der Kapazitätsgrenzen in einigen Sektoren zeigten, konnten allgemein stärkere Preiserhöhungen vermieden werden; die Erhöhung des Preisindex des Sozialprodukts im Vergleich zum Vorjahr scheint nicht 2 % überschritten zu haben.

Das Sozialprodukt der Gemeinschaft zu laufenden Preisen kann für 1960 auf 178 Milliarden Rechnungseinheiten gegenüber 163 Milliarden Rechnungseinheiten in 1959 geschätzt werden.

Die Wirtschaftsexpansion des Jahres 1960 wurde vor allem durch die Nachfrageentwicklung auf den Binnenmärkten der sechs Länder und durch die weiter starke Zunahme des Handels innerhalb der Gemeinschaft getragen. Die Exporte der Gemeinschaft in Drittländer, die im Vorjahr einen starken Anstieg aufgewiesen hatten, hielten sich 1960 auf dem sehr hohen Niveau, das sie zu Beginn dieses Jahres erreicht hatten.

Zum wichtigsten Expansionsfaktor des Jahres 1960 wurde die starke Zunahme der Investitionen der Unternehmen. Mit einem realen Zuwachs von etwa 11 % wiesen die Bruttoinvestitionen eine Steigerung auf, die im letzten Jahrzehnt nur einmal, im Jahre 1955, überschritten worden ist. Diese Entwicklung der Investitionstätigkeit findet ihre Erklärung in dem starken Anreiz zur Erweiterung und vor allem zur Rationalisierung und Modernisierung der Anlagen, der für die Wirtschaftsunternehmen durch den hohen Ausnützungsgrad der vorhandenen Produktionskapazitäten und durch den in einigen Gebieten der Wirtschaftsgemeinschaft wachsenden Mangel an Arbeitskräften geschaffen wurde.

Da die Investitionen wesentlich schneller als das Sozialprodukt zunahm, stieg ihr Anteil am Sozialprodukt im Jahre 1960 auf mehr als 21 % gegenüber 20 % im Jahre 1958 und 18 % im Durchschnitt der Jahre 1950/55. Die Tatsache, dass die sechs Länder der Gemeinschaft einen so hohen Anteil ihres Sozialprodukts, der weit über demjenigen der anderen grossen Industrieländer der freien Welt liegt, für Anlageinvestitionen verwenden — in den USA und Grossbritannien betragen in den letzten Jahren die Bruttoanlageinvestitionen nur 16 bis 17 % des Sozial-

produkts —, ist ein entscheidender Faktor für die weitere wirtschaftliche Expansion. Innerhalb der Gemeinschaft bestehen allerdings noch beträchtliche Unterschiede zwischen den Niederlanden, Deutschland, Italien und Luxemburg einerseits, in denen der Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Sozialprodukt bei 23 bis 24 % liegt, und Frankreich und Belgien andererseits, in denen der Anteil nur 17 bis 18 % beträgt.

Aus den bisher vorliegenden Angaben über die Aufgliederung der Investitionen geht hervor, dass sich die Erhöhung des Investitionsvolumens vor allem in einem starken Anstieg der maschinellen Ausrüstungsinvestitionen im Industriesektor niedergeschlagen hat. Der Wohnungsbau dagegen verlor seinen bisherigen expansiven Einfluss, da die Bautätigkeit sich auf dem in den vergangenen Jahren erreichten hohen Niveau stabilisierte, in einigen Ländern sogar leicht rückläufig war.

* * *

Die gesamten Bruttoanlageinvestitionen zu laufenden Preisen in den sechs Ländern der Gemeinschaft können nach den bisher vorliegenden Angaben auf etwa 37 Milliarden Rechnungseinheiten geschätzt werden. Nach Abzug der auf 15 Milliarden geschätzten Abschreibungen dürften die Nettoinvestitionen für 1960 etwa 22 Milliarden betragen haben.

Über die Finanzierungsquellen dieser Nettoinvestitionen sind Zahlenangaben nur über die Emissionen von Wertpapieren auf den Kapitalmärkten verfügbar : die Emissionen von Staatspapieren und Obligationen betragen 1960 in den sechs Ländern der Gemeinschaft 3,6 Milliarden (gegenüber 4,56 Milliarden im Vorjahr), die Aktienemissionen 1,9 Milliarden (gegenüber 1,41 Milliarden), d.h. zusammen 5,5 Milliarden (gegenüber 5,97 Milliarden). Diese Finanzierungsmittel deckten also nur etwa ein Viertel der gesamten Nettoinvestitionen der Gemeinschaft; dieses Verhältnis schwankt jedoch stark von einem Land zum anderen. Z.B. betragen in Deutschland die Wertpapieremissionen im Jahre 1960 nur ein Sechstel der Nettoinvestitionen, während sie sich in Italien auf fast die Hälfte belaufen.

Die Aufbringung der Mittel zur Finanzierung der restlichen Dreiviertel der Nettoinvestitionen, über die vergleichbare statistische Daten nicht vorliegen, erfolgte im öffentlichen Sektor durch allgemeine

Haushaltsmittel, in der Privatwirtschaft durch direkt investiertes privates Sparkapital, durch Selbstfinanzierung der Unternehmen und durch Kredite der Banken und der institutionellen Kapitalsammelstellen. Ein Vergleich des wesentlich erhöhten Gesamtbetrags der Nettoinvestitionen des Jahres 1960 mit dem verringerten Gesamtaufkommen aus Wertpapieremissionen weist darauf hin, dass die Finanzierung aus anderen Quellen 1960 beträchtlich zugenommen haben muss : für die Gemeinschaft insgesamt dürfte dieser Zuwachs 3 Milliarden übersteigen.

* * *

Die Finanzierungsmittel, welche sich die Unternehmen auf den Kapitalmärkten durch Ausgabe von Aktien beschaffen konnten, standen in Belgien, in den Niederlanden und insbesondere in Deutschland und Italien in reichlicherem Masse als im Vorjahr zur Verfügung. In Frankreich dagegen war ein Rückgang zu verzeichnen.

Bei einem ziemlich konstanten Angebot an Obligationen verblieb in den Niederlanden die Rendite der Emissionen bis zum Juli bei etwa 4,5 % und ging in den folgenden Monaten noch etwas zurück. Nach anhaltendem Sinken scheint sich der Zinssatz in Italien seit Beginn des Jahres und in Frankreich einige Monate später auf einem Niveau von etwa 5,7 % eingespielt zu haben. Trotzdem blieb die Emissionstätigkeit sowohl in Frankreich, wo 1960 der Kapitalmarkt nur von öffentlichen und privaten Unternehmen beansprucht wurde, als auch in Italien, wo die Unternehmen der Privatwirtschaft in grösserem Masse als bisher zu dem Kapitalmarkt Zugang fanden, weiterhin rege.

Dagegen erhöhte sich in Belgien, wo Anleihen fast ausschliesslich vom Staat und einigen öffentlich-rechtlichen Institutionen begeben wurden, der Zinssatz von 5,25 auf 5,75 %. In Deutschland wurden im Zuge der konjunkturdämpfenden Massnahmen die Finanzierungsmöglichkeiten auf dem Kapitalmarkt beträchtlich eingeschränkt; mehrere Monate lang war, abgesehen von Hypothekenpfandbriefen und Kommunalobligationen, die Emission von Wertpapieren eingestellt; bei Wiederaufnahme der Emissionstätigkeit im September betrug der Zinssatz 7 % gegenüber 5,2 % Mitte 1959; bis zum Beginn des Jahres 1961 ging der Zinssatz dann auf 6 % zurück.

Von den Niederlanden abgesehen, kann also eine sehr starke Angleichung der Renditen für die Zeichner von Anleihen in den Ländern der Gemeinschaft festgestellt werden; dagegen bestehen in der Höhe der effektiven Belastung der Anleihenehmer wegen der voneinander abweichenden steuerlichen Belastungen und Emissionskosten von Land zu Land noch wesentliche Unterschiede.

DARLEHEN

Das Kreditgeschäft der Bank wurde mit den Zielsetzungen fortgeführt, wie sie bereits im Jahresbericht 1959 beschrieben worden sind. Gemäss Artikel 130 des Vertrages von Rom hat die Bank, kurz zusammengefasst, drei Aufgabengebiete : sie kann einmal Vorhaben von gemeinsamem Interesse für mehrere Mitgliedstaaten finanzieren, zum anderen Vorhaben zur Umstellung von Unternehmen, die durch die Errichtung des Gemeinsamen Marktes notwendig werden, und schliesslich und vor allem Vorhaben, die zur Erschliessung von wirtschaftlich weniger entwickelten Gebieten der Gemeinschaft beitragen.

Der Verwaltungsrat bewilligte im Laufe des Jahres 1960 fünf Darlehen im Gesamtbetrag von 41,3 Millionen Rechnungseinheiten, wovon 29,4 Millionen Rechnungseinheiten auf drei Vorhaben in Italien, 9,5 Millionen Rechnungseinheiten auf ein Vorhaben in Frankreich und 2,4 Millionen Rechnungseinheiten auf ein Vorhaben in Deutschland entfielen. Bei vier der Vorhaben handelt es sich um Investitionen in für die Bank neuen Wirtschaftsbereichen : Maschinenbau, Eisen- und Stahlindustrie, Landwirtschaft, mittelständische verarbeitende Industrie; das fünfte Vorhaben fällt in den Bereich der Energiewirtschaft.

Die Gesamtkosten dieser Vorhaben werden auf 406 Millionen Rechnungseinheiten geschätzt. Bei einer Darlehenssumme von 41,3 Millionen Rechnungseinheiten hat sich die Bank demnach in diesem Jahr mit einem durchschnittlichen Finanzierungsbeitrag von rund 10 % an den gesamten Investitionsaufwendungen beteiligt. Nach Fertigstellung der in den industriellen Bereich fallenden Vorhaben werden durch diese 6.500 neue Dauerarbeitsplätze geschaffen.

Im einzelnen handelt es sich bei den Vorhaben um :

- die Errichtung einer Fabrik in der Nähe von Neapel für die Herstellung von Dieselmotoren durch die Gesellschaft « Alfa Romeo S.p.A. ». Grundlage für die Errichtung dieses Industriewerkes ist ein allgemeines Abkommen über eine Zusammenarbeit zwischen der « Alfa Romeo S.p.A. » und einem Unternehmen eines anderen dem Gemeinsamen Markt angehörenden Landes. Darlehen der Bank : 5 Millionen Rechnungseinheiten.
- Errichtung eines Wärmekraftwerkes von 100 MW in Westberlin durch die « Berliner Kraft- und Licht (BEWAG)-Aktiengesellschaft »; Darlehen der Bank : 2,4 Millionen Rechnungseinheiten.
- Errichtung eines vertikal aufgebauten Hüttenwerkes mit einer Jahresproduktion von 2 Millionen Tonnen Stahl in der Nähe des Hafens Tarent (Süditalien) durch die Gesellschaft « Ilva — Alti Forni e Acciaierie d'Italia S.p.A. » der Finsider Gruppe. An der Finanzierung dieses Vorhabens beteiligte sich gleichfalls die Hohe Behörde der EGKS; Darlehen der Bank : 24 Millionen Rechnungseinheiten.
- Die Errichtung wasserbaulicher Anlagen zur Bewässerung eines in den drei südfranzösischen Departements Gard, Hérault und Aude gelegenen Gebietes durch die « Compagnie Nationale d'Aménagement de la Région du Bas-Rhône et du Languedoc »; Darlehen der Bank : 9,5 Millionen Rechnungseinheiten.
- Die Errichtung einer Fabrik zur Herstellung von Konfektionskleidung in Süditalien; Darlehen der Bank : 0,4 Millionen Rechnungseinheiten.

Die drei für italienische Unternehmen bestimmten Darlehen werden wie die bisherigen über die Cassa per il Mezzogiorno unter der Auflage gewährt, dass sie diese direkt oder unter Einschaltung der

ISVEIMER, einem öffentlich-rechtlichen Institut für die Gewährung von Krediten an Industrieunternehmen in Süditalien, dem Endkreditnehmer zur Verfügung stellt.

* * *

Von ihrer Gründung bis Ende 1960 gewährte die Bank zwölf Darlehen in Höhe von insgesamt 93,5 Millionen Rechnungseinheiten, d.h. durchschnittlich 7,8 Millionen Rechnungseinheiten pro Darlehen. Die Investitionen, an deren Finanzierung sich die Bank damit beteiligt hat, belaufen sich auf insgesamt 689 Millionen Rechnungseinheiten; der Anteil der von der Bank bereitgestellten Finanzierungsmittel betrug mithin im Durchschnitt etwa 14 % und lag je nach Art und Umfang der Vorhaben zwischen 8 und 57 %.

Auf die einzelnen Länder verteilen sich die Darlehen in folgender Weise : 61,4 Millionen Rechnungseinheiten (= 66 % der Gesamtsumme) auf Italien; 25,7 Millionen Rechnungseinheiten (= 27 %) auf Frankreich; 4,0 Millionen Rechnungseinheiten (= 4%) auf Luxemburg; 2,4 Millionen Rechnungseinheiten (= 3%) auf Deutschland. Dabei waren 93 % der gesamten Darlehenssumme für Vorhaben in weniger entwickelten Gebieten der Gemeinschaft bestimmt.

Die Darlehen verteilen sich auf die einzelnen Wirtschaftsbereiche wie folgt :

<i>Wirtschaftsbereich</i>	<i>Anzahl der Vorhaben</i>	<i>Darlehen der EIB (Mio.RE)</i>	<i>Anteil des Wirtschaftsbereiches am Gesamtbetrag</i>
Energie	5	37,5	40 %
Eisen- und Stahlindustrie	1	24,0	26 %
Chemie	3	17,1	18 %
Landwirtschaft	1	9,5	10 %
Verarbeitende Industrie	2	5,4	6 %
Insgesamt	12	93,5	100 %

Bis Ende Dezember 1960 hatte die Bank auf die gewährten Darlehen insgesamt 33,3 Millionen Rechnungseinheiten, bis Ende Februar 1961 38,1 Millionen Rechnungseinheiten ausgezahlt.

* * *

Die Bank hat es für zweckmässig gehalten, auf den Gebieten, denen ihre Kreditgewährung bisher zugute kam, und auf verwandten Gebieten eine Reihe allgemeiner Untersuchungen in Angriff zu nehmen. Die Mehrzahl der Studien, die von der Bank durchgeführt oder angeregt wurden, befasst sich mit Problemen der Regionalentwicklung unter besonderer Berücksichtigung der Durchführung von strukturpolitischen Massnahmen in Agrargebieten und der bei der Durchführung solcher Massnahmen auftretenden Fragen wirtschaftlicher und sozialer Art. In diesem Zusammenhang wurden auch Probleme untersucht, die sich bei der Finanzierung von Investitionen in der mittelständischen Industrie durch ein internationales Institut wie die Bank ergeben.

Die Bank nahm ausserdem an der von der EGKS gebildeten Arbeitsgruppe für die industrielle Umstellung teil; sie prüfte weiter im Zusammenhang mit den Untersuchungen der EWG-Kommission auf dem Gebiet des Verkehrswesens, unter welchen Voraussetzungen sie sich an Investitionsvorhaben zum Ausbau der Verkehrsinfrastruktur beteiligen könne. Diese verschiedenen, auf längere Sicht hin durchgeführten Untersuchungen können für die Tätigkeit der Bank in der Zukunft praktisch richtungweisend werden.

MITTEL DER BANK

Von dem von den Mitgliedstaaten gezeichneten Kapital in Höhe von 1.000.000.000 Rechnungseinheiten ist der satzungsgemäss einzuzahlende Teil, d.h. 25 %, mit Überweisung der fünften und letzten Tranche am 30. Juni 1960 voll eingezahlt worden. Die Einzahlungen verteilen sich wie folgt auf die Mitgliedstaaten (in Rechnungseinheiten) :

<i>Land</i>	<i>Gold oder US-Dollar</i>	<i>Landes- währungen</i>	<i>Insgesamt</i>
Deutschland	18.750.000,—	56.250.000,—	75.000.000,—
Frankreich	18.750.000,—	56.250.000,—	75.000.000,—
Italien	15.000.000,—	45.000.000,—	60.000.000,—
Belgien	5.406.250,—	16.218.750,—	21.625.000,—
Niederlande	4.468.750,—	13.406.250,—	17.875.000,—
Luxemburg	125.000,—	375.000,—	500.000,—
Insgesamt	62.500.000,—	187.500.000,—	250.000.000,—

Im Hinblick auf die bisherige Entwicklung ihres Kreditgeschäftes und seine sich bereits abzeichnende weitere Ausdehnung rückt der Zeitpunkt näher, an dem die Bank sich die erforderlichen Mittel auf dem Kapitalmarkt zu beschaffen haben wird.

Aus diesem Grunde hat die Bank sich mit der Frage befasst, welche Massnahmen in den einzelnen Mitgliedstaaten erforderlich wären, um ihre Geschäfte derselben steuerlichen Behandlung zu unterwerfen, die bei Geschäften gleichartiger Institutionen Anwendung findet. Hierbei ist sie wirksam von der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft unterstützt worden.

II

Die Bilanz sowie die Gewinn- und Verlustrechnung sind diesem Bericht beigelegt.

Ihre wichtigsten Posten werden nachstehend erläutert.

BILANZ

Die Bilanzsumme zum 31. Dezember 1960 beträgt
RE 291.625.145,54.
Am 31. Dezember 1959 belief sie sich auf
RE 287.467.751,08.

A K T I V A

Kassenbestand und Bankguthaben, Goldguthaben, Schatzanweisungen und sonstige Geldmarktpapiere

Die Sicht- und Terminguthaben setzten sich am 31. Dezember 1960 wie folgt zusammen :

1. Kassenbestand und Bankguthaben : RE 133.711.018,48
Davon waren RE 3.314,70 Kassenbestand
und RE 133.707.703,78 Bankguthaben.
Am 31. Dezember 1959 belief sich der vorgenannte Posten
auf RE 106.519.180,68.
2. Goldguthaben : RE 8.506.128,06
Sie setzten sich aus RE 7.380.852,09 Barrengold und täglich
fälligen Guthaben sowie aus RE 1.125.275,97 kurzfristigen
Guthaben zusammen.
Am 31. Dezember 1959 betrug sie RE 8.486.513,88.

3. Schatzanweisungen und sonstige
Geldmarktpapiere :

RE 87.875.764,69

Es handelt sich um Schatzanweisungen und Schatzwechsel sowie Titel öffentlicher Körperschaften in Höhe von RE 64.765.688,97 und bei dem Restbetrag von RE 23.110.075,72 um sonstige Geldmarktpapiere.

In der Bilanz zum 31. Dezember 1959 wurde dieser Posten mit RE 87.461.925,16 ausgewiesen.

Der Gesamtbetrag dieser drei Posten von RE 230.092.911,23 verteilt sich auf folgende Währungen :

Belgische Franken	676.401.303,—	= RE 13.528.026,06
Deutsche Mark	223.294.926,32	= RE 53.165.458,67
Neue franz. Franken	246.087.548,06	= RE 49.844.957,92
Italienische Lire	25.548.416.872,—	= RE 40.877.466,99
Luxemburger Franken	19.383.845,—	= RE 387.676,90
Gulden	38.997.823,84	= RE 10.262.585,18
US-Dollar	53.520.611,45	= RE 53.520.611,45
Gold	—	= RE 8.506.128,06

Die in den obigen Positionen aufgeführten Werte haben folgende Fälligkeiten :

Täglich fällig	RE 14.913.502,98
bis zu höchstens 3 Monaten	RE 64.995.792,52
von mehr als 3 bis zu höchstens 6 Monaten	RE 68.128.091,91
von mehr als 6 bis zu höchstens 12 Monaten	RE 79.624.571,44
länger als 12 Monate	RE 2.430.952,38

Gewährte Darlehen

Die ausgewiesenen RE 59.584.928,03 stellen den Gesamtbetrag der zugesagten Darlehen dar, für die die Verträge bis zum 31. Dezember 1960 unterzeichnet wurden. Von diesem Betrag sind RE 33.278.870,03 an die Darlehensnehmer ausgezahlt.

Die sich aus diesen Auszahlungen ergebenden Forderungen der Bank verteilen sich auf folgende Währungen :

Belgische Franken	140.637.424,—	= RE 2.812.748,48
Deutsche Mark	25.180.718,82	= RE 5.995.409,24
Neue franz. Franken	39.657.162,44	= RE 8.032.546,18
Italienische Lire	3.838.418.819,—	= RE 6.141.470,11
Gulden	13.902.112,24	= RE 3.658.450,59
Wahlrecht der Bank zwischen den Währungen der Mitgliedstaaten		RE 3.038.245,43
US-Dollar	3.600.000,—	= RE 3.600.000,—

Der Gegenposten der noch auszuzahlenden Beträge, d.h. RE 26.306.058,—, erscheint unter der Position « Auszuzahlende Darlehen » auf der Passivseite.

Eine Gegenüberstellung der Zahlen bezüglich der Darlehen ergibt folgendes Bild :

	31. Dezember 1959	31. Dezember 1960
Ausgezahlte Darlehen	3.690.000,—	33.278.870,03
Auszuzahlende Darlehen	30.437.484,78	26.306.058,—
	<hr/>	<hr/>
Darlehen insgesamt	34.127.484,78	59.584.928,03

Betriebs- und Geschäftsausstattung

Die voll abgeschriebene Betriebs- und Geschäftsausstattung wird in der Bilanz lediglich mit einem Merkposten ausgewiesen.

Zu erhaltende Zinsen und Provisionen

Es handelt sich um RE 1.925.884,59 Zinsen und Provisionen, die bis zum 31. Dezember 1960 aufgelaufen sind, aber noch nicht zur Zahlung fällig waren.

PASSIVA

Gezeichnetes Kapital

Das gezeichnete Kapital beläuft sich auf RE 1.000.000.000,—, wovon RE 750.000.000,— Garantiekapital darstellen und RE 250.000.000,— eingezahlt sind.

Satzungsmässige Rücklage

Die satzungsmässige Rücklage erhöhte sich von RE 1.533.856,58 zu Beginn des Geschäftsjahres durch Zuführung des Saldos der Gewinn- und Verlustrechnung auf RE 4.528.407,27.

Rückstellung für Risiken aus der Gewährung von Anleihen und Garantien

Diese Rückstellung ist zur Deckung der Risiken bestimmt, die für die Bank bei Einziehung ihrer Darlehensforderungen oder bei eventueller Inanspruchnahme aus Bürgschaften, die sie für Darlehen Dritter übernommen hat, entstehen könnten. Ihr wurden RE 2.000.000,— zugeführt.

Rückstellung für Zinsausgleich auf Anleihen und für Emissionskosten

Diese Rückstellung wurde von RE 3.100.000,— Ende des vorhergehenden Geschäftsjahres auf RE 5.500.000,— erhöht.

Rückstellung für Währungsrisiken, die nicht durch Artikel 7 der Satzung gedeckt sind

Diese Rückstellung belief sich am 31. Dezember 1960 auf RE 2.000.000,— gegenüber RE 1.000.000,— zum Ende des Vorjahres.

Auszuzahlende Darlehen

Der in dieser Position ausgewiesene Betrag von RE 26.306.058,— entspricht aufgrund der bis zum 31. Dezember 1960 unterzeichneten Darlehensverträge den noch an die Darlehensnehmer der Bank zu leistenden Auszahlungen.

Im voraus erhaltene Zinsen

Es handelt sich um RE 873.164,43 Zinsen, die bis zum 31. Dezember 1960 für einen über den Bilanzstichtag hinausgehenden Zeitraum vereinnahmt wurden.

Sonstige Passiva

Diese mit RE 417.515,84 ausgewiesene Position enthält verschiedene während des Berichtsjahres begründete, aber noch nicht beglichene Verbindlichkeiten sowie den Betrag, der für eine künftige zugunsten des Personals zu schaffende Sozialeinrichtung zurückgestellt ist.

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

AUFWENDUNGEN

Verwaltungskosten

Für Verwaltungskosten wurden RE 980.235,40 gegenüber RE 974.540,79 im vorhergehenden Geschäftsjahr aufgewendet.

Die Kosten verteilen sich auf :

Ausgaben für das Personal	RE 683.399,34
und	
Allgemeine Unkosten	RE 296.836,06

Abschreibungen auf Betriebs- und Geschäftsausstattung

Die Ausgaben für Betriebs- und Geschäftsausstattung haben im laufenden Geschäftsjahr RE 39.819,96 gegenüber RE 49.465,28 im Jahr 1959 betragen. Der Zugang wurde in voller Höhe abgeschrieben.

ERTRÄGE

Zinsen und Provisionen auf Darlehen.

Dieser Posten beläuft sich auf RE 1.206.962,23 gegenüber RE 80.775,82 im Vorjahr. Die Zunahme ist darauf zurückzuführen, dass auf die gewährten Darlehen erst im Geschäftsjahr 1960 grössere Auszahlungen geleistet worden sind.

Zinsen auf Geldanlagen

Die sich aus der Anlage flüssiger Mittel ergebenden Zinsen betragen RE 8.206.615,93 gegenüber RE 5.206.491,08 im vorhergehenden Geschäftsjahr. In dieser Erhöhung kommt die Zunahme der flüssigen Mittel zum Ausdruck, die sich aus den letzten Einzahlungen auf das Kapital ergibt.

III

Ende Februar 1961 bestand das Personal der Bank aus 88 Personen. Nachdem die Bank nunmehr ihren organisatorischen Aufbau im wesentlichen beendet hat, möchten wir zur Information angeben, wie sich das Personal auf die einzelnen Nationalitäten verteilt. Von 33 leitenden Angestellten und Referenten sind ihrer Nationalität nach : 10 Deutsche, 8 Franzosen, 7 Italiener, 4 Belgier, 3 Niederländer und 1 Luxemburger. Von 55 Bankangestellten und Hilfskräften sind : 6 Deutsche, 7 Franzosen, 10 Italiener, 25 Belgier, 3 Niederländer und 4 Luxemburger.

* * *

Am 25. November 1960 ernannte der Rat der Gouverneure auf Vorschlag der Kommission der EWG Herrn Pierre Millet zum stellvertretenden Verwaltungsratsmitglied. Er tritt an die Stelle von Herrn Louis Duquesne de la Vinelle, der sein Amt niederlegte. Wir danken Herrn Duquesne de la Vinelle für seine wertvolle und sachkundige Mitarbeit.

Brüssel, den 24. März 1961

Der Präsident
des Verwaltungsrats

PARIDE FORMENTINI

BILANZ UND GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

BERICHT DER HERREN PRICE WATERHOUSE & Co.

60, rue Ravenstein
Brüssel

An den Präsidenten,
EUROPÄISCHE INVESTITIONSBANK
BRÜSSEL

Nach unserer Ansicht gibt der beigefügte Jahresabschluss die finanzielle Lage der Europäischen Investitionsbank zum 31. Dezember 1960 und das Ergebnis des an diesem Stichtag beendeten Geschäftsjahres nach allgemein anerkannten Buchführungsgrundsätzen, die im Vergleich zum Vorjahre unverändert angewandt worden sind, angemessen wieder. Unsere Prüfung dieses Jahresabschlusses wurde in Übereinstimmung mit den im Prüfungswesen allgemein angewandten Grundsätzen vorgenommen und umfasste infolgedessen diejenigen Stichproben in den Büchern und Unterlagen und solche anderen Prüfungshandlungen, die wir in den gegebenen Verhältnissen für erforderlich hielten.

PRICE WATERHOUSE & Co.

Den 27. März 1961.

BILANZ ZUM 31.

(in Rechnungseinheiten zu 0,88867088

Die Konten der Bank werden unter Anwendung

1 RE = 50 FB = 4,20 DM = 4,93706 NFF

AKTIVA

KASSENBESTAND UND BANKGUTHABEN		
Währungen der Mitgliedsländer täglich fällig oder mit Laufzeit bis zu einem Jahr	106.114.364,01	
Andere Währungen täglich fällig oder mit Laufzeit bis zu einem Jahr	<u>27.596.654,47</u>	133.711.018,48
GOLDGUTHABEN		8.506.128,06
SCHATZANWEISUNGEN UND SONSTIGE GELDMARKTPAPIERE		
Währungen der Mitgliedsländer mit Laufzeit bis zu einem Jahr	59.570.855,33	
mit Laufzeit über ein Jahr	<u>2.380.952,38</u>	
	61.951.807,71	
Andere Währungen mit Laufzeit bis zu einem Jahr	25.873.956,98	
mit Laufzeit über ein Jahr	<u>50.000,00</u>	
	25.923.956,98	87.875.764,69
GEWÄHRTE DARLEHEN		
davon		
ausgezahlt :		
in Währungen der Mitgliedsländer	29.678.870,03	
in anderen Währungen	<u>3.600.000,00</u>	
	33.278.870,03	
noch auszuführen	<u>26.306.058,00</u>	59.584.928,03
BETRIEBS- UND GESCHÄFTSAUSSTATTUNG		1,00
ZU ERHALTENDE ZINSEN UND PROVISIONEN		1.925.884,59
SONSTIGE AKTIVA		21.420,69
	<i>Summe der Aktiva : RE</i>	<u>291.625.145,54</u>

DEZEMBER 1960

g Feingold — Artikel 4 der Satzung)

folgender Umrechnungskurse geführt :

= 625 Lit. = 50 Flux = 3,80 Fl = 1 US \$

PASSIVA

GEZEICHNETES KAPITAL	<u>1.000.000.000,00</u>
davon gem. Art. 5 Absatz 1 der Satzung einbezahlt	250.000.000,00
SATZUNGSMÄSSIGE RÜCKLAGE	4.528.407,27
RÜCKSTELLUNG FÜR RISIKEN AUS DER GEWÄHRUNG VON ANLEIHEN UND GARANTIEN	2.000.000,00
RÜCKSTELLUNG FÜR ZINSAUSGLEICH AUF ANLEI- HEN UND FÜR EMISSIONSKOSTEN	5.500.000,00
RÜCKSTELLUNG FÜR WÄHRUNGSRIKEN, DIE NICHT DURCH ART. 7 DER SATZUNG GEDECKT SIND	2.000.000,00
AUSZUZAHLLENDE DARLEHEN	26.306.058,00
IM VORAUS ERHALTENE ZINSEN	873.164,43
SONSTIGE PASSIVA	417.515,84
	<hr/>
<i>Summe der Passiva : RE</i>	<u>291.625.145,54</u>

GEWINN- UND VERLUST

(in Rechnungseinheiten zu 0,88867088

AUFWENDUNGEN

VERWALTUNGSKOSTEN	980.235,40
PROVISIONEN	166,16
ABSCHREIBUNGEN AUF BETRIEBS- UND GESCHÄFTSAUSSTATTUNG .	39.819,96
ZUWEISUNG AN RÜCKSTELLUNG FÜR RISIKEN AUS DER GEWÄHRUNG VON ANLEIHEN UND GARANTIEN	2.000.000,00
ZUWEISUNG AN RÜCKSTELLUNG FÜR ZINSAUSGLEICH AUF ANLEIHEN UND FÜR EMISSIONSKOSTEN	2.400.000,00
ZUWEISUNG AN RÜCKSTELLUNG FÜR WÄHRUNGSRIKEN, DIE NICHT DURCH ART. 7 DER SATZUNG GEDECKT SIND	1.000.000,00
DER SATZUNGSMÄSSIGEN RÜCKLAGE ZUGEWIESENER SALDO	2.994.550,69
<i>Summe</i> : RE	9.414.772,21

ERKLÄRUNG DES PRÜFUNGSAUSSCHUSSES

Der Ausschuss, der gemäss Art. 14 der Satzung und Art. 25 der Geschäftsordnung der Europäischen Investitionsbank zur Prüfung der Ordnungsmässigkeit ihrer Geschäfte und ihrer Bücher eingesetzt wurde,

unter Bezugnahme auf den Jahresbericht 1960 sowie auf die Bilanz der Bank zum 31. Dezember 1960 und die Gewinn- und Verlustrechnung für das an dem letztgenannten Tag abgeschlossene Geschäftsjahr, wie sie von dem Verwaltungsrat in seiner Sitzung vom 24. März 1961 festgestellt wurden,

unter Bezugnahme auf die Artikel 22, 23 und 24 der Geschäftsordnung,

bestätigt hiermit :

dass die Geschäfte der Bank während des Geschäftsjahres 1960 entsprechend den in der Satzung und der Geschäftsordnung festgelegten Formalitäten und Verfahrensvorschriften durchgeführt wurden,

dass die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung mit den Büchern der Bank übereinstimmen und dass sie sowohl auf der Aktiv- als auch auf der Passivseite die Vermögenslage der Bank genau wiedergeben.

Brüssel, den 28. März 1961

Der Prüfungsausschuss

K. BERNARD

A. M. DE JONG

E. BRESSON

